Kooperationsvereinbarung zur Stärkung von Demokratiebildung und Politischer Bildung

Die Kommune Musterstadt versteht Demokratiebildung und Politische Bildung als gemeinsame Aufgabe der kommunalen Bildungslandschaft. Ziel ist es, Bürger:innen aller Altersgruppen Möglichkeiten zu eröffnen, sich mit gesellschaftlichen Fragestellungen auseinanderzusetzen, demokratische Prozesse kennenzulernen und eigene Formen der Beteiligung zu entwickeln.

Mit dieser Kooperationsvereinbarung verständigen sich die beteiligten Partner darauf, vorhandene Bildungsangebote stärker aufeinander abzustimmen und neue gemeinsame Formate zu entwickeln. An der Zusammenarbeit beteiligen sich Bildungsträger, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen ebenso wie zivilgesellschaftliche Akteur:innen, Vereine und Initiativen sowie bürgerschaftliche Gruppen.

Im Mittelpunkt stehen niedrigschwellige Angebote, die demokratische Kompetenzen und gesellschaftliche Teilhabe fördern. Dazu können Diskussionsveranstaltungen, Planspiele, Beteiligungswerkstätten, Jugendforen, Projekttage, Workshops oder lokale Dialogformate gehören. Die verschiedenen Akteur:innen sollen dabei ihre jeweiligen fachlichen Perspektiven und Erfahrungen einbringen.

Besondere Bedeutung kommt den zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Vereinen und Initiativen zu. Sie verfügen über vielfältige Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit, im gesellschaftlichen Engagement und in der Ansprache unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Bürgerschaftliche Gruppen sollen zugleich die Möglichkeit erhalten, Themen und Bedarfe aus den Stadtteilen in die gemeinsame Arbeit einzubringen.

Die beteiligten Bildungsträger verpflichten sich, demokratiepädagogische Angebote stärker sichtbar zu machen und Kooperationen zwischen formalen und non-formalen Bildungsorten auszubauen. Jugendliche und junge Erwachsene sollen dabei eine besondere Zielgruppe bilden. Die Agentur für Arbeit und das Jobcenter können insbesondere an Übergängen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf dazu beitragen, junge Menschen auf Beteiligungs-, Beratungs- und Bildungsangebote aufmerksam zu machen und entsprechende Netzwerke zu unterstützen.

Die Kommune übernimmt eine koordinierende und moderierende Funktion. Sie stellt geeignete Austauschstrukturen bereit und unterstützt die Entwicklung gemeinsamer Qualitätsstandards. Die beteiligten Partner verständigen sich darauf, Erfahrungen und Bedarfe regelmäßig auszuwerten und die bestehenden Angebote auf dieser Grundlage weiterzuentwickeln.

Grundlage aller gemeinsamen Aktivitäten ist ein überparteilicher und offener Bildungsansatz. Politische Bildung soll unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen, kontroverse gesellschaftliche Fragen als solche kenntlich machen und die Teilnehmenden dabei unterstützen, sich selbstständig zu informieren, Positionen einzuordnen und eigene begründete Urteile zu entwickeln. Die beteiligten Partner achten darauf, dass Bildungsangebote nicht der parteipolitischen Einflussnahme dienen, sondern Raum für Austausch, Widerspruch und eigenständige Meinungsbildung eröffnen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung tatsächlicher Beteiligungsmöglichkeiten. Wo immer es sinnvoll ist, sollen Bildungsangebote mit konkreten Formen der Mitwirkung verbunden werden. Dazu können beispielsweise Jugendvertretungen, Beteiligungsverfahren in Stadtteilen, offene Werkstätten zur Stadtentwicklung oder Dialogformate mit kommunalen Einrichtungen gehören. Die Partner unterstützen Teilnehmende dabei, eigene Anliegen zu formulieren, Beteiligungswege kennenzulernen und sich in lokale Prozesse einzubringen.

Bei der Planung und Durchführung gemeinsamer Angebote soll besonders darauf geachtet werden, auch Menschen zu erreichen, die etablierte Beteiligungs- und Bildungsformate bislang nur selten nutzen. Dazu gehören barrierearme Zugänge, verständliche Sprache, gut erreichbare Veranstaltungsorte sowie bei Bedarf digitale oder aufsuchende Formate. Ebenso sollen unterschiedliche zeitliche Möglichkeiten, familiäre Verpflichtungen und verschiedene

Bildungsvoraussetzungen berücksichtigt werden. Ziel ist es, Zugänge zur politischen und demokratischen Bildung möglichst offen und alltagsnah zu gestalten.

Die beteiligten Partner arbeiten darüber hinaus an einer gemeinsamen Kommunikations- und Öffentlichkeitsstruktur. Informationen zu Veranstaltungen, Projekten und Beteiligungsmöglichkeiten sollen gebündelt und verständlich zugänglich gemacht werden. Bestehende kommunale Informationskanäle können dabei ebenso genutzt werden wie Webseiten, Newsletter, soziale Medien, lokale Einrichtungen oder Multiplikator:innen in den Stadtteilen. Auf diese Weise sollen Angebote sichtbarer werden und Interessierte leichter passende Zugänge finden.

Zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität verständigen sich die Partner auf einen regelmäßigen fachlichen Austausch. Dabei werden Erfahrungen aus laufenden Projekten, Rückmeldungen von Teilnehmenden, neue Bedarfe und mögliche Kooperationspartner zusammengeführt. Geeignete Fortbildungen, kollegiale Beratungen und gemeinsame Fachveranstaltungen sollen dazu beitragen, Methoden und Formate kontinuierlich weiterzuentwickeln. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Frage, welche Zielgruppen erreicht werden, welche Zugänge funktionieren und an welchen Stellen zusätzliche Unterstützung notwendig ist.

Mindestens einmal jährlich soll ein kommunales Forum für Demokratiebildung stattfinden, in dem Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Vereine, Initiativen und weitere interessierte Akteur:innen zusammenkommen. Das Forum dient dem Austausch über aktuelle Bedarfe, der Vorstellung bestehender Projekte, der Entwicklung neuer Kooperationen und der Reflexion der gemeinsamen Arbeit. Ergänzend können thematische Arbeitsgruppen eingerichtet werden, die einzelne Vorhaben vorbereiten und die Ergebnisse in das Netzwerk zurücktragen.

Die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung wird in regelmäßigen Abständen gemeinsam betrachtet. Die Partner prüfen, welche Maßnahmen umgesetzt wurden, welche Kooperationen entstanden sind und an welchen Stellen Anpassungsbedarf besteht. Dabei steht keine formale Erfolgskontrolle einzelner Einrichtungen im Vordergrund, sondern die gemeinsame Lern- und Entwicklungsorientierung der kommunalen Bildungslandschaft. Ergebnisse und vereinbarte nächste Schritte sollen transparent dokumentiert und für die weitere Planung genutzt werden.

Ziel der Kooperation ist es, Demokratiebildung und Politische Bildung dauerhaft in der kommunalen Bildungslandschaft zu verankern und vielfältige Möglichkeiten der Information, des Austauschs und der gesellschaftlichen Beteiligung zu schaffen. Die Zusammenarbeit soll langfristig dazu beitragen, bestehende Strukturen besser miteinander zu verbinden, neue Zielgruppen zu erreichen und demokratische Lern- und Erfahrungsräume im Alltag der Kommune zu stärken.

Unterzeichnung

Mit ihrer Unterzeichnung bekräftigen die beteiligten Partner ihre Bereitschaft, die beschriebenen Ziele gemeinsam zu verfolgen und die Zusammenarbeit im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten aktiv mitzugestalten.

Ort, Datum	Vertretung der Kommune Musterstadt
_____	_____